

## Osterpaket kommt durch

Der Bundestag hat die im Frühjahr angekündigten Reformen zum Ausbau der erneuerbaren **Energien** beschlossen. Teilweise ruderte die Regierung zurück  
Von **Hannes Koch**

Um der Klimakrise und dem russischen Angriff auf die Ukraine zu begegnen, hat der Bundestag am Donnerstag den massiven Ausbau der erneuerbaren **Energien** beschlossen. Es sei das "größte Gesetzespaket im **Energiebereich** der letzten Jahre, wahrscheinlich Jahrzehnte", sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) über das sogenannte Osterpaket. Die Stromproduktion vor allem mit Windrädern und Solaranlagen soll sich während der kommenden acht Jahre auf 80 Prozent ungefähr verdoppeln.

Das Parlament nahm mehrere Gesetze mit den Stimmen der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP an. Die Opposition aus Union, AfD und Linken stimmte mal komplett, mal teilweise dagegen. CDU-**Energieexperte** Andreas Jung (CDU) kritisierte das "Paket der verpassten Chancen", das zu einseitig auf Solar- und **Windenergie** setze. Geothermie, Biomasse und Wasserkraft würden vernachlässigt, so Jung. Organisationen wie der Verband der Stadtwerke (VKU) und der Umweltverband BUND unterstützten die Vorhaben grundsätzlich, übten jedoch Kritik an Details.

Ein bisschen hakte es auch in der Koalition. Auf Wunsch der FDP wurde das Zwischenziel der zu 100 Prozent erneuerbaren Stromproduktion bis 2035 gestrichen. "Zentral ist und bleibt das Ziel der Klimaneutralität im **Energiesektor** bis 2045", erklärte Olaf in der Beek, der klimapolitische Sprecher der FDP. Ein Zwischenziel sei ineffektiv und symbolisch. Die Grünen bestätigten den Vorgang, wollten sich aber nicht näher dazu äußern.

Die Novelle des **Erneuerbare-Energien**-Gesetzes (EEG) legt nun deutlich höhere Strommengen für Solaranlagen auf Gebäudedächern und Freiflächen sowie Windräder an Land und auf See fest, die bis 2030 zu erreichen sind. Die Kraftwerke werden im Planungsrecht bevorzugt. Die Koalition hat festgelegt, dass der Ausbau im "überragenden öffentlichen Interesse" liegt und der "öffentlichen Sicherheit" dient.

Im Durchschnitt 2 Prozent der Landesfläche sollen für die Stromproduktion zur Verfügung stehen. Heute sind es zwischen 0,5 und 0,8 Prozent. Für die einzelnen Bundesländer werden konkrete Flächenvorgaben definiert. Diese gelten auch für Länder wie Bayern oder Nordrhein-Westfalen, wo bisher wenige Windräder stehen, weil die Landesregierungen sie mit vorgeschriebenen Abständen zu Wohnsiedlungen verhinderten. SPD-Fraktionsvize Matthias Miersch sagte, es werde nicht mehr möglich sein, dass sich einzelne Länder wegduckten.

Mit dem renovierten Bundesnaturschutzgesetz wollte die Koalition unter anderem den Bau von Windrädern in Landschaftsschutzgebieten ermöglichen. Für bedrohte Vogelarten werden Mindestabstände zwischen Rotoren und Brutplätzen definiert. Ausnahmen sind möglich, wenn der Tierbestand insgesamt nicht gefährdet ist. Die Abstimmung im Bundestag sollte nach Redaktionsschluss stattfinden.

Auch das neue **Energiesicherungsgesetz** stand für Donnerstagabend auf der Tagesordnung. Damit wollen SPD, Grüne und FDP unter anderem die Möglichkeit einer Umlage schaffen, um die eventuell steigenden Kosten für Erdgas gleichmäßig auf die Privathaushalte und Firmenkunden umzulegen. Dies ist eine Vorsichtsmaßnahme für den Fall, dass die russische Regierung den Gasexport nach Deutschland komplett einstellt, was zu massiv steigenden Einkaufspreisen auf dem Weltmarkt führen könnte.

Schließlich hatte die Ampel ein weiteres Gesetz formuliert, durch das abgeschaltete Kohlekraftwerke wieder in die Stromproduktion einsteigen sollen, um Gaskraftwerke zu ersetzen. Am Freitag dieser Woche steht die Abstimmung des Bundesrats über das Gesetzespaket an.

[meinung + diskussion](#)



*Berliner Hase etwas verspätet: Das Osterpaket ist da Karsten Thielker*


*Hannes Koch*

<b>Quelle:</b>	taz.die tageszeitung vom 08.07.2022, Seite 8
<b>Dokumentnummer:</b>	T20220807.5862681

**Dauerhafte Adresse des Dokuments:**

[https://www.wiso-net.de/document/TAZ\\_dfb0aa8ff710f4999bd492aeed2677c25752797](https://www.wiso-net.de/document/TAZ_dfb0aa8ff710f4999bd492aeed2677c25752797)

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH